

Kemfert, Claudia

Article

Keine Zeit mehr, die Chancen zu zerreden: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kemfert, Claudia (2008) : Keine Zeit mehr, die Chancen zu zerreden: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 49, pp. 786-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151713>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Schlüssler 2008

Keine Zeit mehr, die Chancen zu zerreden

von Claudia Kemfert*

In diesen Tagen treffen sich wichtige Entscheidungsträger zur UN-Klimakonferenz im polnischen Posen, um für die Zeit nach 2012 ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll vorzubereiten. Ein zentrales Ziel der Konferenz ist, dass die USA, China und Indien künftig auch einem verbindlichen Klimaschutzabkommen beitreten. Die Amerikaner werden in Posen zwar anwesend sein – allerdings nur als Zuschauer. Schließlich ist ihr neuer Präsident noch nicht im Amt.

Was können wir überhaupt von Barack Obama in Bezug auf den Klimaschutz erwarten? Eines ist sicher: Obama war keineswegs dazu verpflichtet, in einer frühen Rede anzukündigen, dass die USA die Führungsrolle in Sachen Klimaschutz übernehmen wollen. Ein klares Signal dafür, dass die neue US-Regierung sich umweltpolitisch stärker engagieren wird. Sicher ist aber auch, dass zunächst die Finanzkrise im Vordergrund stehen wird und die Regierung noch lange braucht, bis sie neue klimapolitische Konzepte durchsetzen kann. Dennoch halte ich es für sehr wahrscheinlich, dass Amerika seinen Handel mit Emissionszertifikaten begrenzen und systematisieren wird. Dabei wird das Land nicht nur mit Europa kooperieren, sondern auch aus den Fehlern lernen, die die EU in der Vergangenheit gemacht hat. So sehe ich die Chance, dass die USA eine erfolgreiche und kosteneffiziente Strategie entwickeln werden.

In Posen wird dagegen zunächst EU-intern darüber gestritten, welches Land welche Ziele umsetzen soll. Die deutsche und polnische energieintensive Industrie wird gegen den Klimaschutz wettern und Ausnahmeregelungen bei der Ersteigerung von Emissionszertifikaten fordern – und wohl auch bekommen. Leider! Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre es effizienter, alle Emissionszertifikate zu versteigern und die Erlöse an besonders betroffene Sektoren weiterzureichen. So käme man zu der notwendigen Transparenz über Kosten und Wettbewerbsintensität. Anstatt zu prüfen, welche Unternehmen durch den Kauf der Zertifikate tatsächlich einen Wettbewerbsnachteil hätten, will man nun auf einfache Pauschalregelungen ausweichen, die lediglich untersuchen, ob ein Unternehmen Energiekosten zur Herstellung von Produkten hat – eine Fehlentscheidung!

Dabei sind sich die Kanzlerin, Umweltminister Gabriel, aber auch der EU-Ratspräsident und die EU-Kommission doch einig: Der Klimaschutz darf nicht verschoben werden. Denn der Schutz des Klimas ist keine Last, sondern eine wirtschaftliche Chance. Wenn wir diese Chance verstreichen lassen, passiert das, was die Automobilbranche momentan durchlebt. Viel zu lang hat sie auf alte Märkte gesetzt und behauptet, CO₂-Grenzwerte und Klimapolitik führten zu Jobverlusten. Heute bekommt sie die Quittung für diese veralteten Forderungen. Denn es zeigt sich, dass genau das Gegenteil zutrifft: Klimaschutz schafft Arbeitsplätze – sein Ausbremsen schafft Jobverluste! Man kann nur hoffen, dass die Verhandler in Posen dies verstanden haben.

* Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.